

# **Kapitalistischer Alltag überall**

## **Mauern um Europa – Nationale Querfronten**

### **Bauen wir antiautoritäre Barrikaden**

### **Auf zur Störung der Eröffnung der EZB 2015**

Am 18. März 2015 wird der Neubau der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/Main eröffnet. Alle Gouverneure und Präsidenten der nationalen Zentralbanken der EU werden anwesend sein. Europaweit werden Menschen dabei sein und den Widerstand vieler gegen diese lebenszerstörende Institution mitten im kapitalistischen Zentrum Deutschland spürbar machen.

Teil der Mobilisierung auf diesen Tag hin waren Blockupy-Aktionstage in Frankfurt/Main vom 20. bis 23. November 2014 gegen die repressive Verarmungspolitik der sogenannten Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), von der besonders die Lohnabhängigen der EU-Peripherie im Süden und Südosten betroffen sind. Im Juni 2014 war der Polizei-Kessel der letztjährigen Demonstration am 1. Juni 2013 von einer Richterin des Frankfurter Landgerichts legalisiert worden, obwohl das Bundesverfassungsgericht (BVG) das Einkesseln von DemonstrantInnen über mehrere Stunden für unzulässig erklärt hat.

Schon im Mai 2014 fanden europaweit Aktionen gegen die Politik der Troika statt. In diesem Zusammenhang mobilisierte Blockupy unter dem Motto »Solidarity beyond Borders – for Democracy from below« (»Grenzenlos solidarisch – für Demokratie von Unten«) vom 15. bis 25. Mai 2014. In 13 Ländern demonstrierten Tausende europaweit, wie in Rom, Paris, Madrid. Bei einer Demonstration des belgischen Bündnisses D19-20 in Brüssel am 15. Mai 2014 stürten ungefähr 1000 TeilnehmerInnen den dort stattfindenden Lobby-Gipfel »Business Europe Summit«. Blockupy hatte hier zu einem internationalen Block aufgerufen. TeilnehmerInnen wurden eingekesselt, etwa 250 festgenommen und Wasserwerfer eingesetzt. In Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart gingen bei den zentralen Aktionen in Deutschland am 17. Mai 2014 mehr als 10.500 Menschen auf die Straße. Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken verteilten in Hamburg, Berlin und Düsseldorf das Kampagnenflugblatt 2014 »Klasse, Bewusstsein, Widerstand – Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung«. Blockupy ist ein Bündnis von überwiegend linken und linksradikalen Kräften, die sich in großen Teilen um die Linkspartei gruppieren bis hin zu reformistischen Kräften, deren rechter Rand offen ist für irrationales, antisemitisches Denken. Seit 2014 mischen auch AktivistInnen des Bündnisses umsGanze! und des Netzwerks Friedenskooperative mit. Auch das M31-Bündnis ruft zur Störung der EZB-Eröffnung im Frühjahr 2015 auf.

Im achten Jahr der Weltwirtschaftskrise kann der deutsche Staat noch immer relativ erfolgreich die Krisenfolgen an die kapitalistische Peripherie abwälzen und im Inneren trotz der voranschreitenden sozialen Spaltung zwischen Arm und Reich den Widerstand klein

halten. In diesem gesellschaftlichen Umfeld fand und findet bei linken bis hin zu linksradikalen Gruppen eine Neuorientierung statt. Das 2005 im Vorfeld der Gipfelproteste in Heiligendamm gegründete Netzwerk Interventionistische Linke (IL) wird zur Organisation umgebaut, Teile der ehemals dort vernetzten Gruppen lösen sich auf und werden Teil der neuen Organisation. Die erste Gruppe, die sich in die IL auflöste, war im September 2014 avanti. Die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) erklärte ihre Auflösung in viele Richtungen. Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin – kurz [ARAB] – schloss sich dem Bündnis der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) an, einer Organisation mit stark trotzkistischem Einschlag. ALB und ARAB waren wichtige Gruppen im Bündnis zur Durchführung der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin. Langjährig agierende Antifa-Gruppen spalteten sich und/oder veränderten ihre politische Ausrichtung und Namen, wie die autonome antifa [f], die jetzt kritik&praxis – radikale linke [f]rankfurt heißt oder die campusantifa, jetzt Antifa Kritik & Klassenkampf – Frankfurt/Main. Auf ihren Webseiten können die Begründungen nachgelesen werden.

Die Aktionen gegen die Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt/Main am 18. März 2015 mit einer europaweiten Mobilisierung werden neben linken und reformistischen Gruppen auch antikapitalistischen und linksradikalen Gruppen Räume und Bündnisstrukturen bieten, um ihren Widerstand gegen das herrschende System deutlich zu artikulieren. Auch gegen den G7-Gipfel im bayerischen Elmau Anfang Juni 2015 sind Aktionen geplant. 2015 wird zeigen, ob sich die linksreformerischen bis linksradikalen Sammlungen an die Linkspartei anlehnen oder ob sie einen und gegebenenfalls welchen eigenständigen Weg einschlagen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 waren Ausdruck der nahezu flächendeckenden Rechtsentwicklung in EU-Europa. Die in der Krise vom Abstieg bedrohte Mittelschicht wendete sich gegen Schwächere, gegen Minderheiten wie Roma oder MigrantInnen und gegen Flüchtlinge, die versuchen vor Verfolgung und Elend aus ihren Heimatländern nach Europa zu fliehen. Gleichzeitig hatte die Linkspartei die EU-europakritische Präambel ihres EU-Wahlprogramms entschärft und die Benennung der EU als »neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht« aus dem Text gestrichen. Auf nationaler Ebene beförderten die Regierungen zum Beispiel mit der Verschärfung ihrer Asylpolitik oder dem Aushöhlen der sozialen Sicherungssysteme die Spaltung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft und schürten so die rassistische, antisemitische und antifeministische Grundstimmung zusätzlich. Kurz vor der EU-Wahl hatten die SchweizerInnen der »Volksinitiative gegen Masseneinwanderung« in einer Volksabstimmung mit 50,3 Prozent zugestimmt. Die Festlegung absoluter Höchstzahlen für die Anzahl der Menschen, die in die Schweiz einreisen und leben wollen, sowie der ausschließliche Vorrang von SchweizerInnen bei der Stellenbesetzung ist die mehrheitliche Absegnung einer rassistischen Praxis. Eine noch viel weitergehende Forderung zur Begrenzung von Zuwanderung auf Grundlage einer biologistischen, scheinbar ökologischen Begründung, die rassistische Ecopop-Initiative »Stopp der Überbevölkerung« scheiterte in der Volksabstimmung am 30. November 2014, rund 74 Prozent stimmten mit Nein. Bei der Europawahl wurden in der BRD, Großbritannien und Frankreich, den kapitalistischen Zentren EU-Europas, rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien gewählt. In Frankreich erreichte der Front National unter Führung von Marine Le Pen mit 25 Prozent der Stimmen

mehr Stimmen als jede der sogenannten bürgerlichen Parteien. In Großbritannien schaffte das die United Kingdom Independence Party (UKIP) unter dem Parteivorsitz von Nigel Farage mit 27 Prozent der Stimmen ebenfalls. Auch an der Peripherie EU-Europas legten Rechte und Rechtsextreme zu. In Ungarn wählten über 65 Prozent der WählerInnen rechtspopulistische bis faschistische Positionen. Die dort mit absoluter Mehrheit regierende rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei Ungarischer Bürgerbund Fidesz erhielt 51,49 Prozent der Stimmen. Fidesz sicherte sich unter dem Staatspräsidenten Victor Orban durch Verfassungsänderungen und Eingriffe in das Wahlrecht zu Ungunsten der Oppositionsparteien oder durch Einschränkungen im Presserecht die Macht. Als zweitstärkste Partei erhielt die Faschisten-Partei Bewegung für ein besseres Ungarn, Jobbik, knapp 15 Prozent.

Im neu gewählten EU-Parlament sind 90 der 751 Abgeordneten den rechtspopulistischen bis faschistischen Parteien wie der polnischen Partei Kongress der Neuen Rechten (KNP) oder faschistischen Parteien wie der Goldenen Morgenröte Griechenlands zuzuordnen. Der UKIP mit ihren 24 Mandaten um Nigel Farage gelang die Bildung einer rechtspopulistischen Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) mit 48 Mitgliedern aus sieben Ländern. Beteiligt sind unter Anderem die italienische 5-Sterne-Bewegung um den ehemaligen Kabarettisten Beppe Grillo und die Schwedendemokraten. Farage lehnte eine Zusammenarbeit mit dem französischen Front National wegen dessen Antisemitismus ab. Nach der Europawahl scheiterte die Bildung einer Fraktion um Marine Le Pen vom französischen Front National und Geert Wilders von der niederländischen, islamfeindlichen Freiheitspartei PVV an deren Weigerung, mit der polnischen KNP zusammenzuarbeiten, die unter anderem das Wahlrecht von Frauen abschaffen will und als homophob und antisemitisch gilt. Mit der Bildung einer Fraktion können Vorteile hinsichtlich eines erweiterten Rederechtes oder höherer finanzieller Mittel von bis 30 Millionen Euro ausgeschöpft werden.

In der BRD erreichte die rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) mit Bernd Lucke, einem Hamburger Wirtschaftsprofessor an der Spitze, 7 Prozent der Stimmen. Die Partei scheiterte zur Bundestagswahl 2013 noch knapp mit 4,7 Prozent am Einzug in den Bundestag. Im Europawahlkampf plakatierte sie unter dem Motto »Mut zu Deutschland«, »Raus aus dem Euro« und »Griechen leiden. Banken kassieren. Deutsche zahlen!« ihre deutschnationalen, rassistischen Parolen. Offiziell grenzte sich die Parteiführung zu Rechtsextremen und der NPD ab, einige ehemalige NPD-Funktionäre mussten für den Anschein einer gutbürgerlichen Partei als »Bauernopfer« die Partei verlassen. Schon bei der Bundestagswahl zeichneten sich in grenznahen Gebieten in Sachsen Hochburgen der AfD ab. 2014 wich diese zur Schau getragene Zurückhaltung bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

In Sachsen vertrat die Spitzenkandidatin der AfD, Frauke Petry, eine verschärfte Einwanderungspolitik und dass durch eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze »dem Kindermangel in Deutschland entgegengewirkt« werden solle. Sie will, dass jede deutsche Familie drei Kinder hat, um »das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen«. Gegen diese völkisch-rassistische Argumentation in Kontinuität des NS-Faschismus regte sich in den anderen Parteien und in den Medien kein Widerspruch! Zudem sollten beim Wahlrecht Kinderreiche bevorteilt werden, indem Eltern für ihre Kinder wählen.

In Thüringen plakatierte die AfD Magdeburg islamfeindlich »Muslime fordern ihren eigenen Feiertag, wir stoppen diesen Wahnsinn«. Alexander Gauland, ehemaliger hessischer CDU-Chefideologe und 2014 Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg, forderte im Wahlkampf mehr Polizei, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach Polen und betrieb eine diffuse DDR-Nostalgie, er lobte beispielsweise deren Verdienste bei der Inneren Sicherheit, wahrscheinlich meinte er damit die Stasi-Aktivitäten. Er stellte sich vor ehemalige Mitglieder der rechtsextremen Freiheits-Partei und einen ehemaligen Autor der rechten Zeitung Junge Freiheit.

Die AfD erhielt bei den Landtagswahlen in Sachsen am 30. August 2014 9,7 Prozent, am 14. September 2014 in Thüringen 10,6 Prozent, in Brandenburg 12,2 Prozent. Dort gaben mit 20.000 Stimmen mehr ehemalige WählerInnen der Linkspartei der AfD ihre Stimmen als diese Stimmen von ehemals CDU-WählerInnen mit 18.000 erhielt. Von der FDP wechselten 17.000, von der SPD 12.000 zur AfD. In Thüringen lag die CDU mit 18.000 an die AfD verlorenen Stimmen vor der Linkspartei mit 16.000. In Sachsen trat der 70-jährige Detlev Spangenberg den Posten des Alterspräsidenten wegen massiver Kritik an seiner Vergangenheit in rechten und rechtspopulistischen Vereinen nicht an. Mit der AfD werden sich zukünftig rechtspopulistische bis rechtsextreme Positionen, die bisher oft noch am rechten Rand von CDU/CSU angebunden waren, als eine Oppositionsmeinung wahrnehmbar in den Parlamenten festsetzen und die gesellschaftliche Hetze, den Rassismus, den Sexismus und Antisemitismus weiter antreiben.

Eine der größten antinationalen Demonstrationen der letzten Jahre fand am 3. Oktober 2014 in Hannover mit über 5000 TeilnehmerInnen statt. Unter dem Motto »Was ihr feiert: Armut, Ausgrenzung, Leistungszwang« rief das oct3-Bündnis zu Aktionen gegen die Einheitsfeier in Hannover auf. Das UmsGanze!-Bündnis mobilisierte mit dem Aufruf »There is an alternative – Kommunismus statt Deutschland«. Die aktuelle Situation in Syrien aufgreifend, wurde die Solidarität mit den KurdInnen in Kobane bekräftigt. Im Anschluss gelang es, mit einigen Protestaktionen das nationalistische BürgerInnenfest in der Innenstadt Hannovers zu stören, in diesem Zusammenhang wurden TeilnehmerInnen von der Polizei festgenommen. Schon am Vortag hatten bereits 1800 Menschen an der Kundgebung »1000 gute Gründe gegen die Nation« teilgenommen. Auf der Demonstration am 3. Oktober 2014 verteilten Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2014 »Klasse, Bewusstsein, Widerstand – Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung«.

Außerparlamentarisch fand der weitere Rechtsruck der Gesellschaft in der BRD in vielen Städten Ausdruck in den sogenannten »Mahnwachen für den Frieden«. Sie benutzten den Konflikt in der Ukraine, um antisemitische, völkische, rechtsextremistische, verschwörungstheoretische und schwulenfeindliche Positionen zu verbreiten. Zu den Ideologen und Organisatoren gehörten zu Beginn u. a. der Ex-Linke und heute neurechte Querfrontstrategie Jürgen Elsässer sowie die antisemitischen und verschwörungstheoretischen Rechtsextremisten Lars Mährholz und Ken Jebsen. Auf diesen Kundgebungen tummelten sich auch rechte Gruppierungen wie die Reichsbürger, aber die Mahnwachen waren auch für NPDlerInnen und freie/nationale Kameradschaften anziehend.

Anfang Juni 2014 trafen sich angeblich 250 VertreterInnen lokaler MahnwachenorganisatorInnen in Senftenberg/Brandenburg, um ihre zukünftige Strategie zu besprechen. Unter dem Deckmantel der Ablehnung einer militärischen Intervention des Westens in der Ukraine wurde zum Beispiel über die Kritik an der angeblichen Allmacht der US-amerikanischen Notenbank FED heftiger Antisemitismus zum Ausdruck gebracht. Jürgen Elsässer hetzte am 21. April 2014 auf der Mahnwache in Berlin: »Das Verbrechen hat Anschrift und Telefonnummer. Und man kann doch durchaus auch einige Namen nennen. Wer gehört denn zu dieser Finanzoligarchie? Die Herren Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski, das englische und das saudische Königshaus. Und warum soll es Antisemitismus sein, wenn man darüber spricht, wie diese winzig kleine Schicht von Geldaristokraten die Federal Reserve benutzen, um die ganze Welt ins Chaos zu stürzen?« Lars Mährholz gab am 7. April 2014 zum Besten: »Woran liegen alle Kriege in der Geschichte in den letzten 100 Jahren? Und was ist die Ursache von allem? [...] im Endeffekt, dass die amerikanische Federal Reserve, die amerikanische Notenbank – das ist eine Privatbank, dass sie seit über hundert Jahren die Fäden auf diesem Planeten zieht.« Mährholz postete auf seiner Internetseite auch eine antisemitische Karikatur des jüdischen Bankiers Jacob Rothschild.

Auch Ken Jebsen möchte die Schuld am Zweiten Weltkrieg am liebsten Juden in die Schuhe schieben, auf seiner Homepage schreibt er: »Firmen wie Shell, die damals zu 40 Prozent in jüdischem Besitz waren [und] 40 Millionen Reichsmark an die NSDAP spendeten«. Am 7. Dezember 2012 schrieb er in einem offenen Brief an Angela Merkel: »Nationalzionisten haben Israel okkupiert wie Nazis 33 Deutschland okkupiert haben«. Jebsen stellt die Nazis nicht nur wie Fremde dar, die Deutschland gleichsam überfielen. Er setzt auch Nazis mit Zionisten gleich und faschistische Ideologie mit dem Zionismus.

Die Verflechtungen zwischen den »Wahnwichteln« waren und sind engmaschig, auch wenn es inzwischen ein paar Brüche gab. Elsässer ließ sich von Jebsen interviewen, Jebsen schrieb auch für Elsässers rechtspopulistisches Magazin Compact. Usw. usf.

Im März 2014 war Jutta Ditfurth auf das Phänomen aufmerksam geworden und stieß eine Diskussion an. Sie veröffentlichte seither viele Beiträge und ihre polarisierende und informative Aufklärungskampagne fanden ein weites Echo in den sozialen Netzwerken vor allem bei facebook, bald aber auch auf der Straße. Ihr Interview in der Sendung »Kulturzeit« bei 3sat am 16. April 2014 löste heftige, öffentliche Diskussionen aus. Es gab in der Folge eine sehr gute Zusammenarbeit mit vielen Einzelpersonen und Gruppen. Auch auf der Straße wurde der Organisationsprozess der Neurechten mit einigem Erfolg gestört. Teile der »traditionellen« Friedensbewegung und attac distanzieren sich von den »Wahnwichteln«. Es gab innerhalb dieser neuen Rechten auch Streit und etwa Elsässer und die Reichsbürger spalteten sich scheinbar ab. Es ist ein merkwürdiges Phänomen: obwohl sich, angesichts der hartnäckigen Kritik einzelne RednerInnen der Mahnwachen von »menschenverachtendem Gedankengut, Antisemitismus und Rassismus« abgrenzten, blieben die einschlägig bekannten antisemitischen und neurechten Ideologen im Prinzip dabei, manchmal eine Zeitlang im Hintergrund.

Viele Mahnwachen-TeilnehmerInnen behaupten gern, sie seien »weder links noch rechts« und die Bewegung sei »unpolitisch« und es sei die Hauptsache, dass »viele für den Frieden«

mitmachen. Gerade diese Verschwommenheit aber erschwert eine aufgeklärte politische Auseinandersetzung und macht es Nazis und AntisemitInnen leicht, ihr Querfront-Konzept voranzutreiben.

Erschwerend kommt hinzu, dass einige reformistische Linke wie Pedram Shayhar, ein früherer attac-Aktivist, Dieter Dehm, Funktionär der Linkspartei und der Liedermacher Prinz Chaos II. alias Florian Kirner versuchten, der neurechten Friedensbewegung einen linkeren Anstrich zu geben und sie mit Teilen der alten Friedensbewegung zu vereinigen. Tatsächlich, das ist der Stand Mitte Dezember 2014, hat sich ein Teil der alten, traditionell linken Friedensbewegung sowie einige FunktionärInnen der Linkspartei wie Sahra Wagenknecht oder Dieter Dehm inzwischen auf diesen Pakt eingelassen, während andere Teile, wie etwa die VVN/BdA, GEW, Landesverband Berlin oder das Forum gegen Rüstungsexporte Bensheim dieses »Friedenswinter«-Bündnis mit der Montagsquerfront scharf kritisieren.

Letztendlich konnten die Rechten mit dem Aufgreifen der Kriegsangst beim Ukraine-Konflikt auch deshalb so erfolgreich sein, weil sich die Linkspartei vor den Europa-Wahlen im Mai 2014 taktisch verhielt und keine Stellung zur Auseinandersetzung um die Ukraine und Russland beziehen wollte, denn damit wären die innerparteilichen Konflikte um eine radikale Antikriegsposition und ihre Begründung wieder aufgebrochen. So entstand über Wochen ein Vakuum. Erst nach heftigen Auseinandersetzungen riefen unter anderen die Linkspartei und die Friedensbewegung – viel zu spät – für den 30. und 31. Mai 2014 bundesweit zu Demonstrationen und Aktionen »Gegen Intervention und drohenden Krieg« auf. An der Demonstration in Berlin nahmen ca. 1000 TeilnehmerInnen teil. An diesen Antikriegsdemonstrationen beteiligte sich auch unter anderem die Interventionistische Linke.

Währenddessen führte Jutta Ditfurth die Debatte weiter. Bereits am 2. Mai 2014 trug sie in Berlin auf einer öffentlichen Veranstaltung der Ökologischen Linken ihre Kritik am Antisemitismus völkischer Bewegungen und an der Montagsquerfront vor. Sie wurde zu diesem Thema dann als Referentin zu Veranstaltungen verschiedener anderer Initiativen und Organisationen, vom Forum Demokratischer Sozialisten in der Linkspartei bis zu gewerkschaftlichen Organisationen wie ver.di und DGB-Jugend eingeladen. In vollen Sälen wie in Hannover am 18. Juni 2014, veranstaltet vom Forum Demokratischer Sozialisten in der Linkspartei, in Veranstaltungen von ver.di-Jugend, DGB-Jugend, GEW und anderen in Regensburg am 24. Juni 2014 und in München am 25. Juni 2014 und von der Antifa Kritik & Klassenkampf [akk] in Frankfurt/Main am 15. Juli 2014 klärte sie über die Ideologie, die Pläne und die führenden Köpfe der Montagsquerfront auf und analysierte die Codes der »neuen« AntisemitInnen. Unter Beteiligung Jutta Ditfurths diskutierte der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken zu dem Thema im Rahmen seiner Veranstaltungen in Berlin im MONARCH am 2. Mai 2014 und an der TU Berlin am 19. Juni 2014. Am 2. Juli 2014 organisierten die Ökologische Linke Köln und der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken eine Lesung mit Jutta Ditfurth zu ihrem Buch »Der Baron, die Juden und die Nazis«. Da es ein starkes Interesse an einer Diskussion zu den neurechten Montagsmahnwachen gab, fand eine spontane Veranstaltung dazu im Anschluss mit Jutta Ditfurth und der Ökologischen Linken bis Nachts um ein Uhr statt.

Über den Sommer nahm die TeilnehmerInnenzahl an den sogenannten Montagsmahnwachen deutlich ab, ihr Aufstieg konnte gebremst werden. Durch Aufklärung, Proteste und Gegenaktionen konnte über die Neurechte Friedensbewegung erfolgreich aufgeklärt werden, inzwischen wird sie von den einstigen Protagonisten als gescheitert dargestellt. Wir aber beobachten sie weiter, denn vermutlich handelt es sich nur um einen Transformationsprozess hin zu anderen rechten Erscheinungsformen.

Am 9. November 2014 fanden zwischen Reichstagsgebäude und Bundeskanzleramt – parallel und jeweils in Sichtweite – Kundgebungen der sogenannten Montagsmahnwache, der Reichsbürger sowie der »Elsässerfraktion« vor dem Bundeskanzleramt statt. Alle hatten nur wenige TeilnehmerInnen. Protestierende Antifa-Gruppen wurden durch Absperrgitter von der Polizei bei den Kundgebungen vor dem Reichstag auf Abstand gehalten, nach der Rede von Jürgen Elsässer vorm Bundeskanzleramt wurden sie ohne Anlass abgedrängt. Die von Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) in Berlin angemeldete Demonstration wurde vom Veranstalter abgesagt, nur 30 Rechte waren zum Alexanderplatz gekommen. Ca. 200 GegendemonstrantInnen stellten sich dort den Rechten in den Weg, die Polizei verhinderte einen direkten Zusammenstoß. Elsässers Misserfolg auf der Straße steht allerdings einem Erfolg im Saal gegenüber. Auf seiner 3. Compact-Konferenz im November 2014 kamen mehr als 700 Gäste, die zwischen 69 und 350 Euro Eintritt zahlten. Er gehört zum rechtspopulistischen Netzwerk in Europa, von der AfD bis zu den Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA), von Le Pen bis zu den großrussischen Nationalisten.

Die CDU/SPD-Bundesregierung hat aus imperialistischen, geopolitischen Interessen die Ukraine mit destabilisiert. Die Interessen des deutschen Kapitals decken sich hier nur teilweise mit der antirussischen Sanktionspolitik der Bundesregierung. Das deutsche Exportkapital hat auch wichtige Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und wirkt mäßigend auf die Bundesregierung ein. So hat die deutsche Regierung den geforderten harten Sanktionen von der im gesamten Osten heftig konkurrierenden imperialistischen US-Regierung entgegengewirkt. Auch in den östlichen EU-Staaten ist die Stimmung gegen Russland eher kriegerisch. Die imperialistischen Zentren EU-Europa und USA forcierten gemeinsam die Zusammenarbeit mit anti-russischen, offen faschistischen Kräften auf dem Maidan in der Ukraine.

Die berechtigten Interessen Russlands im ehemaligen Staatsraum der UdSSR spielten keine Rolle bei der Ost-Ausweitung EU-Europas und vielleicht auch bald der NATO. Kein Wunder, dass Russland mit der Annexion der Krim, einem ihrer wichtigsten Flottenstützpunkte, reagierte. Statt eine weitgehende politische und kulturelle Autonomie der Ostukraine mit hohem russisch-sprachigem Anteil frühzeitig zu unterstützen wurde die Ukraine auch von der CDU/SPD-Bundesregierung in einen Krieg gegen ihre Bürger im Osten gedrängt. Linke Menschen und Organisationen werden im Westen der Ukraine von Faschisten und deren Milizen angegriffen und die sozialen Errungenschaften für alle UkrainerInnen im Westen und Osten werden geschliffen. Die Armut der Lohnabhängigen und der schon vorher Armen verschärft sich weiter. Auch im Osten der Ukraine, bei den Separatisten mischen Faschisten und russisch Ultra-Nationale unter dem Schutzschild Putins mit.

Mittlerweile hat die EU Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldau und Georgien geschlossen. Gemeinsam mit diesen Staaten werden auch NATO-Manöver durchgeführt, zuletzt im September 2014 in der Westukraine. Die NATO unterhält keine dauerhaft stationierten Truppen in der ehemaligen UdSSR, hat aber durch wechselnde Kontingente und eine hohe Zahl von Manövern eine starke Präsenz in Ost-Europa. Der deutsche für Osteuropa zuständige NATO-General Hans-Lothar Domröse will zukünftig NATO-Großmanöver mit bis zu 40.000 SoldatInnen auch in Osteuropa und im Baltikum durchführen.

Die antiautoritäre, emanzipatorische Linke ergreift nicht Partei für ein imperialistisches, kapitalistisches Zentrum, auch nicht für die weltweite imperialistische Atommacht Russland. Wir stehen auf Seiten der Lohnabhängigen, die für den Erhalt sozialer Errungenschaften kämpfen sowie auf Seiten der verfolgten Linken – in der Ukraine und überall.

An die 4000 Menschen demonstrierten am 2. Februar 2014 gegen die 50. Münchner NATO-Sicherheitskonferenz. Auf der Demonstration verteilten Mitglieder der Ökologischen Linken das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013 »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU«. In der Eröffnungsrede warb Bundespräsident Gauck für mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr. Verteidigungsministerin von der Leyen benennt offen wirtschaftliche Interessen, will die Stärkung deutscher Exporte mit der Durchführung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Eine Werbekampagne der Marine spricht sogar vom ungehinderten Zugang zu Rohstoffen, Märkten und Energieträgern.

Der deutsch-nationale Bundespräsident Gauck, CDU-Verteidigungsministerin von der Leyen und SPD-Außenminister Steinmeier wollen Kriege zur Durchsetzung imperialistischer Interessen Deutschlands in der Bevölkerung attraktiver machen. Hierzu gehört auch die Kampagne »Review 2014« des Auswärtigen Amts, die »mehr deutsche Führung in und durch Europa« erwartet. Die Verteidigungsministerin von der Leyen will das Töten familienfreundlicher gestalten, außerdem sollen mehr Frauen geworben werden. Die Bundeswehr schreckt nicht mehr davor zurück ein Rekrutierungsbüro in der Öffentlichkeit für SoldatInnen zu eröffnen. Die Imagekampagne der Bundeswehr an Schulen und die Forschungszusammenarbeit mit den Hochschulen wird ausgeweitet.

Die Bundeswehr will neue Ausrüstung. Verteidigungspolitiker von CDU und SPD fordern mehr Panzer für die Bundeswehr und die Entwicklung eines Leopard 3. Das Verteidigungsministerium will weiterhin eine eigene Aufklärungsdrohne entwickeln. Von der Leyen spricht sich für die »Entwicklung einer europäischen bewaffnungsfähigen Drohne« aus. Bis diese entwickelt sei, könnten Drohnen geleast werden, die auch mit Waffen beladen werden können. Der OSZE wurde für die Ukraine-Mission ein Bundeswehr-Drohneinsatz in Kooperation mit Frankreich angeboten.

Für Drohnen-Einsätze der USA unter anderem in Jemen und Afghanistan wurde der Luftwaffenstützpunkt Ramstein in der BRD genutzt. Nach Aussagen eines ehemaligen US-Drohnenpiloten sei der US-Drohnenkrieg in Afrika ohne Ramstein gar nicht möglich. Das US-Verteidigungsministerium forscht an Drohnen, die selbstständig Angriffsziele auswählen und angreifen. Das Verteidigungsministerium treibt den Aufbau einer EU-Armee unter deutscher



Führung voran. Niederländische Truppenteile wurden in die »Division Schnelle Kräfte« der Bundeswehr integriert. Mit Polen wurde eine engere Militärkooperation beschlossen.

2015 wird Deutschland das Kommando über die schnelle Eingreiftruppe NATO Responce Force (NRF) übernehmen. Bis Ende 2015 soll die NRF um eine besonders schnelle Eingreiftruppe, die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF), ergänzt werden, die weltweit in 2 bis 5 Tagen für den Kriegseinsatz bereit sein soll. Bis die VJTF einsatzbereit ist, soll unter deutscher Führung 2015 eine vorläufige »Speerspitze« aufgestellt werden. Ab 2015 wird die Einsatzbereitschaft des Multinationalen Korps Nord-Ost der NATO im polnischen Stettin erhöht werden. Zusätzliche SoldatInnen, auch aus der BRD, werden dort stationiert. 160 BundeswehrsoldatInnen sind für die NATO in Litauen stationiert, um den baltischen Luftraum zu sichern.

Irakische Peshmerga-Kämpfer wurden in Deutschland und im Irak von BundeswehrsoldatInnen ausgebildet. Das Verteidigungsministerium plant 100 BundeswehrsoldatInnen als AusbilderInnen in den Irak zu schicken.

Die meisten BundeswehrsoldatInnen sind in Afghanistan, Kosovo und der Türkei im Einsatz. Der Großteil der Einsätze der Bundeswehr betrifft jedoch Afrika. Denn die CDU/SPD-Bundesregierung sieht Afrika als Chance, als einen »riesigen Zukunftsmarkt mit hohem Wirtschaftswachstum, reichen natürlichen Ressourcen, großen Potenzialen für die landwirtschaftliche Produktion [... ]«. Zum Beispiel kooperiert die Bundeswehr dort mit Truppen aus Frankreich und den USA. Die Bundeswehr schützt Transportwege auch für deutsche Exporte (Atalanta). Diese Aufgabe soll lokalen Küstenwachen übertragen werden, die auch von der Bundeswehr ausgebildet werden (EUCAP Nestor). Gleichzeitig fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Aufbau einer »Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union«. Die Afrikanische Union, der Zusammenschluss aller afrikanischen Staaten mit Ausnahme Marokkos, soll also im Konfliktfall militärisch dafür sorgen, dass deutsche und europäische Kapitalinteressen gewahrt bleiben.

Projekte des BMZ werden unter Anderem von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH umgesetzt werden. Die GIZ baute auch schon Kasernen für die Bundeswehr, beispielsweise in Afghanistan. Dem BMZ geht es auch um »mehr Hermes für Afrika: Einsetzen für eine schrittweise Erweiterung der Hermes-Deckungen für deutsche Unternehmen in Afrika«, also die Stützung des Exportkapitals. Ergänzt wird diese zivil-militärische Zusammenarbeit durch die 2014 geschlossenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und verschiedenen afrikanischen Staaten, die vor allem dem kapitalistischen Zentrum Deutschland nutzen und den afrikanischen Staaten in der kapitalistischen Peripherie schaden werden.

Die militärische Tätigkeit Deutschlands in so vielen Ländern ist Ausdruck des Versuchs die volle imperialistische Handlungsfähigkeit wieder zu gewinnen. Die BRD ist der drittgrößte Waffenexporteur weltweit. 2013 stiegen die offiziellen Einnahmen aus Waffenexporten um 25 Prozent. Nicht enthalten sind für den militärischen Einsatz bestimmte Güter, die beim Export als zivile Güter versteckt werden. Exportiert wird überall hin, egal ob in Kriegs-

gebiete, an Diktaturen oder an IS-Unterstützer wie Saudi-Arabien. Nach Algerien soll eine Panzerfabrik exportiert werden, um dort 980 Fuchs Panzer herzustellen. Für Waffenexporte bürgt der deutsche Staat mit Exportkreditgarantien, umgangssprachlich Hermesdeckungen. Auch von der Ukraine-Krise profitieren deutsche Rüstungskonzerne.

Im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) werden diejenigen vom deutschen Staat nicht unterstützt, die es wirklich nötig hätten: die Menschen in Rojava, die um ihr fortschrittliches Projekt kämpfen. Grundprinzipien von Rojava sind die Ablehnung des Nationalstaats, die Integration von Minderheiten sowie die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Im Norden Syriens erhalten die VerteidigerInnen von Kobane, die kurdischen KämpferInnen der Partei der Demokratischen Union, der Partiya Yekîfîya Demokrat (PYD) und ihre UnterstützerInnen aus der Arbeiterpartei Kurdistan, der Partiya Karkerên Kurdistan (PKK) aus Rücksicht auf die Interessen der Türkei keine Unterstützung von der deutschen Regierung. Stattdessen wird die irakische Peschmerga unterstützt, die sich den imperialistischen Interessen der USA und EU-Europas unterwirft. Kurdische KämpferInnen von PKK und PYD retteten die Jeziden aus dem Sindschar-Gebirge vor dem IS, nicht die Peschmerga. Das Bundesinnenministerium will das PKK-Verbot nicht aufheben – Thomas de Maizière nennt die PKK terroristisch, für das Innenministerium ist die PKK so gefährlich wie der IS. Gleichzeitig arbeitet die US-Regierung mit der der PKK nahestehenden PYD zusammen und die Türkei unterstützt den IS gegen die verhassten, für Autonomie kämpfenden KurdInnen.

Weltweit liegt immer mehr Agrarland in den Händen von immer weniger Konzernen. In der EU kontrollieren 3 Prozent der GrundbesitzerInnen, die über 100 Hektar oder mehr verfügen, bereits die Hälfte der Agrarflächen. Die Flächenverteilung ist vergleichbar mit Ländern wie Brasilien oder Kolumbien. Konzerne kaufen, unterstützt durch staatliche Institutionen, Flächen auf. Von den weltweit vom sogenannten Landgrabbing betroffenen über 31 Millionen Hektar sind nur 11 Prozent der Flächen für den Anbau von Lebensmitteln vorgesehen. Der Rest wird entsprechend der Möglichkeiten der Profitmaximierung für Pflanzen wie Ölpalmen genutzt, deren Öl als sogenannter Biosprit oder in deutschen Blockheizkraftwerken endet oder wie Soja, das zu 80 Prozent an Tiere verfüttert wird. Außerdem sichern sich Länder wie Saudi Arabien oder Malaysia landwirtschaftliche Flächen im Ausland, um die eigene Ernährung zu sichern, gleichzeitig nehmen die Nahrungsengpässe in den betroffenen Ländern zu. Schwerpunkt des weltweiten sogenannten Landgrabbing ist nach wie vor Afrika, auch wenn in Osteuropa, Südamerika oder Asien gleiche Prozesse stattfinden. Die Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), seit 2001 eine 100prozentige Tochter der KfW-Bank, fördert diese Aktivitäten im Ausland im Interesse des deutschen Kapitals.

Um weltweit die Absatzmärkte des nationalen Kapitals und die Profite der Konzerne zu maximieren, werden Handelsabkommen geschlossen. In der nun jahrelang andauernden Weltwirtschaftskrise kommt dem besondere Bedeutung zu. Entscheidend bei diesen Abkommen sind längst nicht mehr die Abschaffung von Zöllen oder Gebühren, sondern vor allem eine Vereinheitlichung von Standards und Regelungen für Produkte, Waren und Dienstleistungen, die heute noch in der Hoheit einzelner Staaten bzw. der EU liegen. Dabei geht es ausschließlich um die Interessen des Kapitals auf beiden Seiten, das sich über die Abkommen von missliebigen und den Profit einschränkenden Regelungen entledigen kann. Für die Profitmaximierung werden erreichte und erkämpfte soziale und ökologische

Standards zum Schutz von Mensch und Natur angegriffen. Die nationale Souveränität der Staaten und ihrer demokratisch gewählten Gremien wird damit ausgehebelt. Selbst wenn zum Zeitpunkt des Abschlusses bestimmte Bereiche ausgenommen werden, gelten die Verträge in der Regel für alles, was es zukünftig an technologischer Entwicklung und an Produkten geben wird.

Die beteiligten Staaten verpflichten sich, frühzeitig beabsichtigte Gesetzesänderungen anzuzeigen. Damit wird es den Konzernen und deren Lobbyverbänden möglich, auf gesetzgebende Prozesse einzuwirken, durch Androhung von Klagen zukünftige Regelungen abzuschwächen oder zu verhindern. Sollte das ggf. misslingen, können Konzerne über Investitionsschutzklauseln vor sogenannten internationalen Schiedsgerichten zum Beispiel auf Schadensersatz klagen, wenn ihnen zusätzliche Kosten wegen der Verschärfung von Vorschriften entstehen – jenseits der nationalen Gerichte. Ende 2012 gab es weltweit bereits 500 dieser Verfahren. Bis 2014 hat die BRD schon 140 Verträge mit Investitionsschutzklauseln abgeschlossen. Gegen die BRD gab es 2014 ein offenes Verfahren, die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall wegen des deutschen Atomausstiegs. Deutsche Konzerne klagten 2014 weltweit. Die Telekom klagte gegen Indien, deutsche Solarfirmen gegen Tschechien und Spanien. Hier wurden auf Druck der Troika und damit auch der deutschen Regierung Sparmaßnahmen durchgesetzt und die Photovoltaik-Förderung reduziert. Deutsche Solarfirmen, die dort investierten, klagen nun auf Grundlage eines Investitionsschutzabkommens im Bereich Energie zwischen der BRD und Spanien.

Die EU-Mitgliedsstaaten versuchen mit den Handelsabkommen CETA, TTIP oder TiSA für europäische Konzerne neue Absatzmärkte zu erschließen und die Verwertungsmöglichkeiten des europäischen Kapitals zu stärken. Die Generaldirektion Handel der EU-Kommission handelte mit der kanadischen Regierung seit Jahren im Geheimen das »Comprehensive Economic and Trade Agreement« (CETA) aus. Über die Freihandelszone NAFTA mit USA, Kanada und Mexiko sind auch die Wirtschaftsräume der USA und Mexiko angebunden. Das Abkommen wird als sogenannte »Blaupause« für andere Freihandelsabkommen der EU gewertet, insbesondere für das geplante Abkommen mit den USA, dem »Transatlantic Trade and Investment Partnership« (TTIP). Über das Abkommen wurden bereits geheime Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Vertretung der US-Regierung geführt. Richtig titulierte der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen das TTIP als »das größte geopolitische Projekt des Westens« und als »die Fortsetzung des Kalten Krieges im 21. Jahrhundert«.

Im Rahmen von TTIP wird unter anderem von Seiten der US-Konzerne die Aufhebung des europäischen Verbots von Wachstumshormonen bei der Fleischproduktion in der EU gefordert und ein freier Zugang für den Gasabbau durch Fracking. Das deutsche Kapital will die Angleichung der US-amerikanischen Regelungen der Pharmaindustrie an die weit weniger strengen deutschen Regeln. Keine Seite wird gegen die Profitinteressen des nationalen Kapitals im Rahmen von TTIP relevante Verschärfungen hinnehmen. Der DGB unterstützt das Handelsabkommen, auch wenn er einige Forderungen zu den Inhalten aufgestellt hat und angeblich keine Investitionsschutzklauseln haben will.

In einem viel größeren Zusammenhang wird offiziell seit März 2013 über das »Trade in Services Agreement« (TiSA) multilateral verhandelt. Hier verhandeln die EU, die USA und

21 weitere Länder die Liberalisierung von Dienstleistungen wie der Energie- oder Wasserversorgung, Finanzdienstleistungen und auch dem öffentlichen Beschaffungswesen. Sie nennen sich selbst »Really Good Friends of Liberalization of Trade in Services« (RGF) und sind für 70 Prozent des weltweiten Handels mit Dienstleistungen verantwortlich: Australien, Chile, Chinesisch-Taipeh (Taiwan), Costa Rica, Europäische Union/EU (ein Mitglied), Hongkong, Island, Israel, Japan, Kanada, Kolumbien, Südkorea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Peru, Schweiz, Türkei, USA, Liechtenstein und Paraguay.

Das Abkommen wird als Weiterentwicklung des Mitte der 1990er Jahre vereinbarten »Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen« (GATS) der WTO gesehen. Da nur Dienstleistungen angeblich ausgenommen sind, für die keine Gebühren erhoben werden – und die gibt es zumindest in der BRD oder der EU praktisch nicht mehr – wird TiSA also zur Deregulierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, etwa der Wasser- und Energieversorgung, Abfallentsorgung, Gesundheitsversorgung und bei der Bildung führen. Es soll festgeschrieben werden, dass das, was einmal privatisiert wurde, nicht mehr rückabgewickelt werden kann. In der BRD wird die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt, der Privatisierungsdruck steigt. Mit TiSA wird die WTO umgangen, da die Neuverhandlungen zu GATS seit 2000 nicht vorankommen. Die kapitalistischen Zentren können mit dem willfährigen Teil des Trikonts eine Parallelstruktur für den Handel aufbauen. Vertragsbestimmungen, die bei TTIP nur bilateral gelten würden, gelten bei TiSA zusätzlich also für 20 weitere Staaten. Neue Märkte für deutsche und US-Konzerne für steigende Profite! Angeblich sollen Inhalte der Verhandlungen bzw. das Ergebnis erst fünf Jahre nach Vertragsschluss veröffentlicht werden dürfen und einzelne Bestimmungen sogar rückwirkend gelten.

Das Aktionsbündnis TTIP UnfairHandelbar deutscher Nichtregierungsorganisationen gegen TTIP wurde Mitte 2013 gegründet. Am 11. September 2014 wurde vom europäischen Bündnis Stop TTIP der EU-Kommission der Zulassungsantrag für eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge TTIP und CETA vorgelegt, der abgelehnt wurde. Seitdem wurden für eine selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative Unterschriften gesammelt, bereits Anfang Dezember 2014 waren es über 1 Million. Das Bündnis TTIP UnfairHandelbar rief zusammen mit Attac Deutschland und dem EU-weiten Bündnis Stop TTIP, dem Mitte November 2014 über 300 Organisationen aus 23 EU-Ländern angehörten, für den 11. Oktober 2014 zu einem europaweiten Aktionstag auf, um die laufenden Verhandlungen zu TTIP, CETA und TiSA zu stoppen. Es gab europaweit Aktionen an mehr als 1000 Orten, in Deutschland in 150 Städten. Unter dem Motto »Gemeinwohl und Demokratie statt Konzerninteressen. Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoppen!« nahmen 4000 Menschen an einer Demonstration in Hamburg teil. Das Bündnis klagt nun beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Ablehnung einer Europäischen BürgerInneninitiative.

Die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führen weltweit zu Widerstand. Um der Vorherrschaft des US-Imperialismus bzw. der kapitalistischen Zentren etwas entgegenzusetzen, schlossen sich die eher fortschrittlichen Staaten in Mittel- und Südamerika in der »Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas« (ALBA) zusammen. Derzeit sind Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Kuba, Nicaragua,

St. Vincent und die Grenadinen und Venezuela Mitglied. Die sogenannten Brics-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika beschlossen auf ihrem Gipfel im Juli 2014 die Gründung einer Entwicklungsbank und eines Währungsreservefonds, um unabhängig von den kapitalistischen Zentren mit ihren Finanzinstrumenten IWF und Weltbank zu werden.

In Chile kämpfen StudentInnen um mehr Rechte, kostenfreien Zugang zu Bildung, in Mexiko für ein neues Bildungssystem und gegen Korruption und Gewalt. Nachdem in Mexiko 43 Studierende nach einer Demonstration in Iguala auf Initiative des örtlichen Bürgermeisters von der Drogenmafia entführt und ermordet wurden, gab es landesweit zum Teil wütende Demonstrationen gegen die Verstrickungen des Staatsapparates mit Mördern und der Drogenmafia und die schleppende Aufklärung des Falls. Die Polizei geht dagegen gewaltsam vor. In Hongkong demonstrieren Tausende für ein demokratisches Wahlrecht, in Bangladesch kämpfen ArbeiterInnen insbesondere der Textilbranche für ihre Bezahlung mit Fabrikbesetzungen, Hungerstreiks und Demonstrationen.

Während in Europa in großen Teilen rechte Parteien von der Wirtschaftskrise profitieren, legen an der südlichen Peripherie EU-Europas linke Parteien zu. In Griechenland wurde Syriza zweitstärkste parlamentarische Kraft. Sie kämpft im Rahmen der Reformlogik einer linken Sozialdemokratie für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen Ende Mai 2014 wurde die Kandidatin von Syriza Rena Dourou zur regierenden Gouverneurin in der Region Attika gewählt, in der 30 Prozent der griechischen Wahlberechtigten leben. Auch in der Region der westgriechischen Ionischen Inseln stellt Syriza nun die GouverneurIn. Damit verbindet sich die Hoffnung, die Auswirkungen des Spardiktats der Troika für die Menschen zumindest abzumildern. Die Rebellion in Tunesien machte eine neue Verfassung möglich, die die Gleichstellung der Frauen und die Glaubensfreiheit festschreibt.

Weltweit werden zur Bekämpfung kommender Aufstände die Repressionsapparate aufgerüstet. Das Foltern wird zunehmend weltweiter Standard. Nach dem Folterbericht 2014 von Amnesty International lassen mindestens 141 Staaten foltern. Inzwischen liefern beispielsweise über 130 chinesische Firmen Folterwerkzeuge wie einen mit Metalldornen bestückten Schlagstock in alle Welt. In den USA halten 45 Prozent der Menschen Folter für gerechtfertigt, wenn damit gegebenenfalls Informationen zum Schutz der Öffentlichkeit zu erreichen sind, in Deutschland ist es fast jedeR Fünfte.

Im direkten Vorfeld der Fussball-WM flammten in Brasilien die bereits seit längerem stattfindenden Proteste gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder für ein Sportereignis wieder auf. Hunderttausende gingen vor allem in den Metropolen wie Rio de Janeiro mit Forderungen nach mehr Geld für Bildung, das Gesundheitswesen, einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, gegen Korruption und gegen die Olympischen Spiele 2016 auf die Straße.

In der Türkei wurde bei der Präsidentschaftswahl im August 2014 der amtierende Präsident Erdogan wieder gewählt. Der gesamte Staat wird unter seiner Führung diktatorisch umgebaut, das Verfassungsgericht von erdogan-feindlichen Kräften gesäubert. Auch in der Justiz und Polizei werden unabhängige Kräfte entlassen. Trotz massenhafter Proteste wurde ein Gesetz zur Einschränkung der Meinungsfreiheit im Februar 2014 durchgesetzt. Viele

JournalistInnen, insbesondere die kurdischen, sitzen im Knast. Große Demonstrationen in Istanbul und Ankara gegen die Herrschenden, mit Forderungen nach Meinungsfreiheit und gegen die fortschreitende Islamisierung des türkischen Staates und der Gesellschaft wurden brutal zusammengeschlagen. Das Verbot der 1. Mai-Demonstration linker Gewerkschaften zum Taksim-Platz in Istanbul wurde mit 40.000 PolizistInnen durchgesetzt. Die Polizei wurde 2013 mit über 60 zusätzlichen Wasserwerfern eines türkischen Herstellers ausgestattet. Diktatorische Grabesruhe soll erreicht werden mit einem verschärften Schusswaffengebrauch schon beim Abfackeln von Feuerwerkskörpern auf einer Demonstration, mit der Androhung jahrelanger Haftstrafen für die bloße Teilnahme an einer Demonstration, bei der Molotowcocktails fliegen, wenn sie als Unterstützung einer sogenannten Terrororganisation gewertet wird oder für das Mitführen von Transparenten, die nach Ansicht der Polizei Symbole verbotener Organisationen zeigen.

Nach den Angriffen des Islamischen Staates (IS) auf die Stadt Kobane kam es zu großen kurdischen Solidaritätsdemonstrationen, die auch die Untätigkeit der türkischen Regierung anprangerten, die jedoch eher Interesse an einer Zerschlagung kurdischer Strukturen der syrischen Selbstverwaltungszone Rojava hat. Beim internationalen Tag »Solidarität mit Kobane/Rojava« am 1. November 2014 gingen in vielen Ländern Tausende Menschen auf die Straße. In Deutschland fand die größte Demonstration mit rund 10.000 TeilnehmerInnen in Stuttgart statt. Mitglieder des BundessprecherInnenrats der Ökologischen Linken nahmen an der Demonstration in Frankfurt/Main teil und verteilten das aktuelle Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2014 »Klasse, Bewusstsein, Widerstand – Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung«. Am 6. Dezember 2014 demonstrierten 3000 Menschen unter dem Motto »Grenzen überwinden! PKK-Verbot aufheben!« gegen die Innenministerkonferenz (IMK) in Köln. Auch dort wurde das Kampagnenflugblatt verteilt.

Überall wo in EU-Europa Menschen gegen ihre Lebensbedingungen auf die Straße gehen, stehen ihnen hochgerüstete Repressionsapparate gegenüber. Widerstand gibt es auch in den Zentren EU-Europas. In Belgien demonstrierten Anfang November 2014 über 100.000 Menschen gegen die Sparmaßnahmen der belgischen Regierung und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Generalstreiks in Italien gegen die Sparpolitik der sozialdemokratischen Regierung wie am 14. November 2014 legten in Teilen das Land lahm. Am 18. November 2014 demonstrierten in London Tausende StudentInnen gegen Studiengebühren und Sparmaßnahmen bei der Bildung. Bereits zu Beginn des Jahres 2014 solidarisierten sich StudentInnen der Universität London (UCL) mit den Reinigungskräften und deren Forderungen unter anderem nach einer besseren Absicherung im Krankheitsfall. Daraufhin wurden sämtliche Protestaktionen auf dem Campus der UCL verboten. In Frankreich starb ein Demonstrant bei Protesten gegen ein Staudammprojekt durch eine Polizeigranate. Mit massenhaften Protesten gegen die Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt/Main am 18. März 2014 soll europaweit ein Zeichen gesetzt werden – gegen den Sozialterror der EU, gegen das Abwälzen der Folgen der Weltwirtschaftskrise auf Arme und Lohnabhängige. Weniger sichtbar als die brutale Niederschlagung von Protesten durch Polizei und Militär wird von den Geheimdiensten über eine immer ausgefeiltere Technik ein weltweites Überwachungssystem für den Datenaustausch installiert. Mit Aufdeckung geheimer Dokumente der NSA durch US-Whistleblower wie William Binney, Thomas Drake, J. Kirk Wiebe, Bradley Manning oder Edward Snowden wird das immense Ausmaß von Überwachung und

Datensammelwut der NSA immer deutlicher. Ziel ist es, tatsächlich jeden und möglichst in Echtzeit überwachen zu können. Im August 2014 wurde aufgedeckt, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) seit Jahren die Türkei ausspäht. Der deutsche Verfassungsschutz speicherte über Jahre unrechtmäßig Daten deutscher BürgerInnen. Eine allgemeine, verdachtsunabhängige Speicherung von Telekommunikationsdaten wurde in einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Juni 2014 als rechtswidrig untersagt, der deutsche Innenminister Thomas de Maizière will sie dennoch wieder installieren.

Langfristiges Ziel ist es auch die DNA aller Menschen in Deutschland in Datenbanken zu speichern. Im Dezember 2013 gab es bei der deutschen Polizei bereits eine Million Datensätze, die Zahl wächst im Monat durchschnittlich um 8000 Datensätze. Immer öfter werden DNA-Zwangsabnahmen nach §81 Strafprozessordnung angeordnet. Neben dem Datensammeln wird auch die Videoüberwachung ausgebaut. Der öffentliche Raum ist mit Überwachungskameras gespickt. In Hessen ist der flächendeckende Einsatz von »Body-Cams«, also direkt an der Kleidung der PolizistInnen befestigten Kameras angekündigt. Immer mehr Konzerne, Läden und Institutionen sichern ihre Gebäude bis in den öffentlichen Raum hinein durch eine komplette Videoüberwachung. Kamerabestückte Flugdrohnen von Privatpersonen fotografieren den öffentlichen Raum ohne auf den Datenschutz zu achten.

Aus dem All soll zukünftig das europäische Navigationssatellitensystem Galileo für die EU uneingeschränkt als Überwachungsinstrument zur Verfügung stehen. Galileo soll die EU unabhängig vom US-amerikanischen Satellitensystem GPS machen. Mit einem Systemstart ist nicht vor 2015 zu rechnen, die jüngste Panne Ende August 2014 dürfte das weiter verzögern. Zwei Satelliten wurden 2014 von der Trägerrakete 5000 km zu früh ausgesetzt – damit sind die für das System untauglich. Noch fehlen weitere 14 Satelliten. Inzwischen kostet das System allen EU-BürgerInnen 5,5 Milliarden EUR, dreimal soviel wie zunächst kalkuliert. Am 30. August 2014 demonstrierten unter dem Motto »Freiheit statt Angst« über 5000 Menschen in Berlin, deutlich weniger als in den Vorjahren, gegen die allgegenwärtige Überwachung.

Die 85 reichsten Menschen haben nahezu so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung von ungefähr 3,5 Milliarden Menschen. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzen mit 110 Billionen Dollar knapp die Hälfte des weltweiten Vermögens. Nachrichten wie diese sind Ausdruck davon, dass auch und gerade in Zeiten der Krise, die KapitalistInnen die Gewinne einfahren. Im Verhältnis kapitalistische Zentren Peripherie wächst die Ungleichheit, ebenso wird der Abstand zwischen Arm und Reich in den Zentren aber auch innerhalb der Länder der Peripherie immer größer. Die Politik der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission verschärft die Ausbeutung und das soziale Elend im Interesse des Kapitals. Die Exportoffensive des deutschen Kapitals hat wesentlich dazu beigetragen, die Wirtschaft der Länder Süd- und Südosteuropas nieder zu konkurrieren bis zur Zerstörung. Die CDU/SPD-Bundesregierung und das deutsche Kapital haben Teile der sozialen Verelendung nach Süd- und Südosteuropa exportiert. In Griechenland können sich viele der Lohnabhängigen nicht mehr aus eigener Kraft ernähren und sind auf Familiennetzwerke angewiesen. Die staatliche Gesundheitsversorgung ist zusammengebrochen.

Anpassungsprogramme der Troika sorgen in Griechenland für weitere soziale und ökologische Zerstörung. Strände sollen zukünftig privatisiert und sehr viel einfacher bebaut werden können. Der weiteren Zerstörung von Naturraum in Europa zugunsten von Spekulation und Profitmaximierung wird überall die Tür geöffnet. Fast ein Zehntel der ItalienerInnen lebt unterhalb der Armutsgrenze, das heißt 6 Millionen Menschen können Essen, Kleidung und Wohnung kaum zahlen. Am dramatischsten ist die Lage im Süden Italiens. Der Bauernverband Coldiretti spricht davon, dass Italien einem Trikontland gleicht.

In den kapitalistischen Zentren EU-Europas wächst das Elend auch. Von 63 Millionen Briten können etwa 20 Millionen im Winter die Wohnung nicht heizen, etwa 4 Millionen sind fehl- oder sehr schlecht ernährt. Die Kluft zwischen arm und reich ist in Deutschland tiefer als in anderen Eurostaaten und nimmt weiter zu. Die Grundlage ist die hohe technische Entwicklung der Produktivkräfte und die mangelnde Kampfkraft bzw. mangelnde Solidarität der Lohnabhängigen. Im Wesentlichen dadurch kam es zur Durchsetzung des Niedriglohnsektors durch die rot-grüne Schröder/Fischer-Regierung um die Jahrtausendwende. Der Klassenkampf von Oben zielte auf die Unterschicht und die untere sowie die mittlere Mittelschicht. Die Beschneidung der Einkommen der Lohnabhängigen und die brachialen Einschnitte in die soziale Versorgung ließen die Profite des Kapitals weiter explodieren.

Folge des Niedriglohnsektors ist die zunehmende Zerstörung flächendeckender Tarifverträge. Die sogenannte Stammebelegschaft wird ständig reduziert und die ArbeiterInnen werden ersetzt durch LeiharbeiterInnen, ArbeiterInnen mit Werkverträgen und Scheinselbstständige. Das wird flankiert durch die Auslagerung von Teilen der Produktion. Ein hoher Sockel von Arbeitslosigkeit ist Teil dieses Prozesses. Daran wird der von der CDU und SPD Regierung vorgelegte und am 3. Juli 2014 im Bundestag beschlossene gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, mit vielen Ausnahmen, nichts ändern. Um eine kulturelle, soziale und gesunde Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, also die Reproduktion der Lohnabhängigen auf heutigem Niveau zu sichern, wäre mindestens das Doppelte notwendig. Zudem wird mit dem von der SPD und Teilen der Gewerkschaften, insbesondere der IG-Metall, vorangetriebenen schwarz-roten Gesetz zur Tarifeinheit das in der Verfassung gesicherte Streikrecht eingeschränkt. Es bedeutet, dass in einem Konzern nur die Gewerkschaft, die innerhalb eines Betriebes – was immer das sein soll – die meisten Mitglieder hat, Tarifverträge aushandeln darf. Damit werden kleinere Gewerkschaften ihrer Einflussmöglichkeiten beraubt.

Krisenfolgen wie die niedrigen Zinsen, die befürchtete Instabilität des Euro oder abnehmende Investitionsvolumen treiben das Kapital in langfristige Immobilienanlagen. Die Grund- und Bodenspekulation blüht und die Preise für Immobilien steigen und steigen immer weiter. Attraktive Stadtquartiere werden aufgewertet und die Mieten explodieren. Neben dieser Gentrifizierung von Stadtteilen nimmt der Druck des Kapitals auf alle Bereiche der Stadtentwicklung zu. Egal ob Architektur, Grüngestaltung oder Verkehr, alles wird den Kapitalinteressen unterworfen. Seit 1. Mai 2013 haben MieterInnen keine Möglichkeit mehr Modernisierungen zur Energieeinsparung zu verhindern, wenn die VermieterInnen diese vorantreiben. So können AltmietterInnen leichter aus ihren Wohnungen vertrieben werden, um diese dann mit Profit weiterzuverkaufen. Inzwischen wird der Hälfte des ärmsten Drittels



der StadtbewohnerInnen bereits mehr als 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete geraubt.

In Frankfurt ist nur jede hundertste Wohnung für arme Familien mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis 1300 Euro finanzierbar. Die Folge sind mehr Wohnungsräumungen und die Verdrängung der Armen und der unteren Mittelschicht aus ihren Stadtvierteln. In verschiedenen Städten konnten manche Zwangswohnungsräumungen von lokalen Bündnissen verhindert oder verzögert werden. Auf der antikapitalistischen Walpurgisnachtsdemonstration am 30. April 2014 unter dem Motto »Allet oder Nüsch – auf in den Wedding zur Antikapitalistischen Walpurgisnacht 2014 – selbstorganisiert gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung« durch Berlin Wedding mit an die 3000 TeilnehmerInnen, verteilten Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2014 »Klasse, Bewusstsein, Widerstand – Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung«.

Im öffentlichen Bildungssystem fehlen in Deutschland 56 Milliarden Euro pro Jahr, um bei den Bildungsausgaben der OECD-Länder ein mittleres Niveau zu erreichen. Immer größere Anteile öffentlicher Gelder werden privatisiert. Zwangsläufig nimmt die Ungleichheit bei der Ausstattung der Schulen und Hochschulen zu, wie auch die klassenspezifische Bevorzugung bei der Ausbildung. Immer weniger Lehrende an den Hochschulen haben langfristige Verträge. Der wissenschaftliche Mittelbau aber auch ein großer Teil der neu eingestellten ProfessorInnen bekommen zeitlich begrenzte Verträge.

Die Situation an manchen Berliner Schulen war so dramatisch, dass sich der Berliner Senat gezwungen sah, sogenannte Bonusgelder an um die 200 Brennpunktschulen zeitlich befristet zu zahlen. Die Landesarmutskonferenz Berlin stellte auf Grundlage der vom Berliner Senat veröffentlichten Zahlen fest, dass im vergangenen Jahr 171.000 Kinder unter 18 Jahren in Berlin auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen waren. Knapp 40 Prozent aller Berliner Kinder und Jugendliche wachsen in Armut auf, wenn diejenigen Jugendlichen, bei denen die Einkommen der Eltern nur knapp über dem Sozialhilfesatz liegen, mitgezählt werden.

Bildung als Emanzipation und Anleitung zum gesellschaftlich verantwortlichen Handeln, kritische Wissenschaft und demokratische Selbstverwaltung von Hochschulen, teilweise durchgesetzt mit der 68er Rebellion, gibt es kaum noch.

Der gesellschaftliche Kampf um eine öffentliche Schule für alle mit optimaler Ausstattung, bester pädagogischer Betreuung und Förderung wird nicht mehr geführt. Vielmehr hält der Trend zur Gründung privater Schulen an, die sich absetzen wollen über ein religiöses, esoterisches bis hin zu einem rassistischen Welt- und Gesellschaftsbild als Grundlage ihrer Pädagogik. Als »staatlich anerkannte« freie Schulen erhalten sie staatliche Förderung. Seit Mitte der 1990er Jahre werden Schulen und Hochschulen gesponsert durch Werbung. Ganze Universitäten können nur noch über Drittmittelwerbung funktionieren. Konzerne kaufen sich so Unterrichtsinhalte in Schulen, Konzerne und Banken Einfluss auf ProfessorInnen und Hochschulen. Die niedrigen Steuern für die Reichen und Wohlhabenden besonders für die großen Betriebe und Konzerne treiben Schulen und Hochschulen in die

Abhängigkeit der Profitmaximierung des Kapitals. Politischer Druck und die Entfaltung von Gegenmacht durch Kämpfe und Aktionen von Unten für radikale, kritische Interdisziplinarität oder die Abschaffung des 2-Klassenstudiums Bachelor und Master sind überfällig. In einigen Städten wie Hannover oder Berlin wurden emanzipatorische Inhalte von StudentInnen im Bildungstreik 2014 aufgegriffen. In Köln demonstrierten 20.000 zum Jugendaktionstag der IG Metall am 27. September 2014 als Teil der Kampagne »Revolution Bildung«.

Auch linke, soziokulturelle Freiräume werden befriedet oder beseitigt. Bei den Auseinandersetzungen um den Erhalt des autonomen Zentrums Rote Flora in Hamburg kam es nach einer Demonstration am 21. Dezember 2013 mit über 10.000 TeilnehmerInnen zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Polizei weist in Städten mit konfliktbereiten Milieus sogenannte Gefahrengelände aus, in denen unter anderem anlasslose Kontrollen möglich sind. Die Stadtregierung Hamburg hat über die im Besitz der Stadt Hamburg befindliche Lawaetz-Stiftung das Gebäude der Roten Flora Ende Oktober 2014 wieder zurückgekauft, um das Protestmilieu zu befrieden. Im Rahmen der Proteste kam es auch zur Solidarisierung mit Lampedusa in Hamburg, einem Zusammenschluss von Flüchtlingen, die über die Insel Lampedusa nach EU-Europa einreisten und in Teilen die Bootsunglücke vor der Insel 2013 überlebten.

Die Kämpfe um die Rechte angeblich illegal eingereister Flüchtlinge erreichten in Hamburg wie in Berlin eine besondere Intensität. Letztendlich wurden und werden die Kämpfe durch nicht eingehaltene Versprechen der Regierenden und die Durchsetzung der restriktiven deutschen Asylgesetzgebung beendet, nur wenige können bleiben. In Berlin wurde das seit 2012 existierende Protestcamp von Flüchtlingen auf dem Oranienplatz am 8. April 2014 geräumt, einzelne Flüchtlingsgruppen räumten selbst mit, die angeblich wohlwollende Einzelfallprüfung führte bis Juli 2014 zu keiner einzigen positiven Entscheidung. Seit Dezember 2012 war die Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin Kreuzberg-Friedrichshain von rund 200 Flüchtlingen, Obdachlosen und Roma besetzt. Sie versuchen das vereinbarte, teilweise Nutzungsrecht vor den Gerichten einzuklagen. Flüchtlinge besetzten das Dach eines Hostels, weil sie die nur vorübergehend zugewiesene Unterkunft wieder verlassen mussten. In München wurde am 26. November 2014 ein Camp hungerstreikender Flüchtlinge geräumt, Einzelne flüchteten sich vor dem Zugriff durch die Polizei bei eisigen Temperaturen in die Bäume. In Hamburg wie in Berlin übernahmen Kirchengemeinden in Teilen die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingsgruppen.

Immer mehr Menschen versuchen vor Krieg, Hunger und Verfolgung nach Europa zu fliehen. Aufgrund nahezu undurchdringlich gesicherter EU-Außengrenzen versuchen viele, Europa über das Mittelmeer zu erreichen, oft mit tödlichem Ausgang. Seit dem 1. Januar 2000 sind mindestens 23.000 Flüchtlinge auf ihrer Flucht umgekommen oder sind vermisst. Bis Ende September kamen 2014 bereits über 3000 Menschen nur im Mittelmeer ums Leben. In Melilla gelang es im Mai 2014 Hunderten von Flüchtlingen die martialischen Zaunanlagen der spanischen Exklave zu überwinden, viele bezahlten den Versuch schon mit ihrem Leben.

Die EU-Kommission treibt im Auftrag der nationalen Regierungen die weitere Abschottung der EU-Außengrenzen voran. Mit der Änderung der sogenannten »Seeaußengrenzenverordnung« wurde 2014 vom EU-Parlament und dem Rat der Europäischen Union beschlossen,

dass Frontex-BeamtInnen sogar auf hoher See, also außerhalb der nationalen EU-Gewässer, Boote mit Flüchtlingen in die Länder zurückweisen können, aus denen sie gekommen sind, sofern diese als »sicher« eingestuft werden. Damit wird das bisherige, gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßende, rechtswidrige Verhalten einzelner Länder wie Spanien jetzt sogar von der EU selbst angewendet.

Italien beendete seine Aktion »Mare nostrum« zur Rettung von Flüchtlingen auch in internationalen Gewässern im Oktober 2014, nachdem sich die EU nicht an den Kosten von 9 Millionen Euro pro Monat beteiligen wollte, die letzten Schiffe sollen Ende des Jahres abgezogen werden. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex übernahm nun ab Ende November 2014 unter dem Namen »Triton« die gezielte Suche nach Flüchtlingsbooten bis 30 Seemeilen vor der italienischen Küste. Die EU schickt damit jetzt alle Flüchtlinge, die mehr als 30 Seemeilen vor der italienischen Küste sind, in den Tod.

Trotz der Abschottung der EU-Außengrenzen erreichen immer mehr Flüchtlinge auf immer lebensgefährlicheren Routen Europa und die BRD. Als Reaktion wurde hierzulande das Asylrecht verschärft. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wurden als sogenannte sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Die notwendige Mehrheit im Bundesrat kam am 19. September 2014 nur durch Zustimmung des grünen, baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zustande. Damit können Asylsuchende aus diesen Ländern, insbesondere Roma und Sinti nun noch geräuschloser aus der BRD entfernt werden. Wer es bis nach Deutschland geschafft hat, muss mit einer unzureichenden Versorgung, hoffnungslos überfüllten Unterkünften oder Misshandlungen und Körperverletzungen rechnen.

In München schloss im September 2014 die Stadt die als Erstaufnahmeeinrichtung genutzte Bayernkaserne wegen Überfüllung und unzumutbarer Zustände. In Nordrhein-Westfalen wurden im August 2014 in mehreren Flüchtlingsunterkünften, die von privaten Firmen betrieben werden, Misshandlungen und Körperverletzungen aufgedeckt. Übergriffe gegen Flüchtlinge und Demonstrationen gegen bestehende oder geplante Flüchtlingsunterkünfte sind an der Tagesordnung.

4500 FaschistInnen und Hooligans gingen am 26. Oktober 2014 in Köln gemeinsam auf die Straße. Die Kritik an den SalafistInnen, die mit den AnhängerInnen des Islamischen Staates (IS) gleichgesetzt wurden, drückt ihren Rassismus, ihren Hass auf Menschen anderer Kulturkreise aus. An einer von der Gruppe Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) am 15. November 2014 in Hannover angemeldeten Demonstration nahmen ca. 3000 Hooligans und Rechtsextreme teil unter dem Motto »Europa gegen den Terror des Islamismus«. Die 3000 GegendemonstrantInnen konnten den von der Polizei geschützten Aufmarsch nicht verhindern.

In Dresden mobilisierte das Bündnis Dresden nazifrei mit vielen anderen Gegenaktionen gegen die seit Herbst 2014 montags stattfindenden Demonstrationen der völkischen und rassistischen Gruppierung Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA). Am 24. November 2014 nahmen bereits 5.500 an dem rechten Aufmarsch teil, darunter Mitglieder der AfD und NPD. Inzwischen gibt es auch in anderen deutschen Städten

wie Kassel oder Düsseldorf entsprechende Gruppen. In Dresden kamen die Gegenaktionen nur schleppend in Gang. Dem PEGIDA-Aufmarsch am 1. Dezember 2014 mit 7.500 TeilnehmerInnen standen 1.200 AntifaschistInnen einer Demonstration »Rassismus Demaskieren! Für grenzenlose Solidarität statt begrenztem Horizont und Nationalismus!« lautstark gegenüber. Eine Sitzblockade zwang den rassistischen Mob zum Umkehren. Zur Demonstration hatte unter Anderem das Bündnis Dresden nazifrei und die Undogmatische Radikale Antifa Dresden aufgerufen. Am 8. Dezember 2014 folgte ein Sternmarsch mit ca. 9000 TeilnehmerInnen, der von einem breiten bürgerlichen Spektrum getragen wurde und der einer Kundgebung von ca. 10.000 rassistischen PEGIDA-AnhängerInnen gegenüberstand.

Der NSU-Prozess geht bereits in das dritte Jahr. Bisher wurden Verstrickungen der deutschen Behörden und Geheimdienste mit der Neonazi-Szene nachgewiesen. Auch wenn die NPD den Einzug in den Landtag in Sachsen, Thüringen und Brandenburg nicht geschafft hat – die AfD war überall die stärkere Konkurrenz – bleiben offen Rechtsextreme fest in der Gesellschaft verankert. In Sachsen gibt es über hundert Mandate für Nazis in kommunalen Parlamenten. In Dresden gelang den Nazis am Vorabend des 13. Februar 2014, für NPD und Nazis aller Couleur traditionell der Termin für einen Schweigemarsch anlässlich der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten am 13. Februar 1945, ein Fackelmarsch durch die Innenstadt. Die bis zu 2000 GegendemonstrantInnen konnten den von Polizei geschützten Aufmarsch nicht stoppen. Der von den Nazis angemeldete Aufmarsch am 13. Februar 2014 wurde daraufhin von NPD-Seite offiziell abgesagt. Ebenfalls nach Dresden mobilisierten am 7. Juni 2014 Nazis unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung« bundesweit. Der Aufmarsch mit 400 bis 500 Nazis konnte in Dresden durch Blockaden stark behindert werden.

Noch immer zeichnen sich sächsische Polizei und Justiz durch Repression gegen all die aus, die sich immer wieder den Nazis in den Weg stellen. Bei den Protesten gegen den Nazi-aufmarsch im sächsischen Plauen am 1. Mai 2014 wurden GegendemonstrantInnen eingekesselt. Um andere, die in eine Kirche geflüchtet waren, zum Verlassen der Kirche zu zwingen, stürmte die Polizei die Kirche. Der Prozess gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wurde am 10. November 2014 mit seiner Zustimmung eingestellt gegen die Zahlung einer Geldbuße an Kirche und die sächsische Justiz. Die Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Antinazi-Protesten am 19. Februar 2011 gegen eine nicht existierende sogenannte »Antifa-Sportgruppe« wurden eingestellt. Die Überwachung und Aushorchung linker Zusammenhänge war erfolgreich.

Unter dem Motto »Die Einzige Lösung – Revolution! Zusammen kämpfen gegen Kapitalismus, Krise und Krieg« nahmen über 30.000 TeilnehmerInnen an der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin teil. Die größte Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin seit 1988. Die Polizei war auch dieses Jahr massenhaft vertreten, aber trotz des massiven Aufgebots und einiger Angriffe auf die Demospitze kam die Demonstration am geplanten Endpunkt an. Jutta Ditzfurth hielt für die Ökologische Linke einen Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung. Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2014 »Klasse, Bewusstsein, Widerstand – Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung« wurde

von Mitgliedern und SympathisantInnen der Ökologischen Linken massenhaft verteilt. Auch auf der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg und Stuttgart wurde verteilt.

Zum Thema »Klasse, Bewusstsein und Widerstand. Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung« organisierte der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken mit der Ökologischen Linken Berlin am 2. Mai 2014 im MONARCH in Berlin-Kreuzberg und am 19. Juni 2014 an der TU Berlin Veranstaltungen. Diskutiert wurde vor allem über die neurechten Montagswahnwachen. Zum Thema »Klasse, Bewusstsein und Widerstand ... « fand auch in Köln am 27. November 2014 eine Veranstaltung der Ökologischen Linken statt.

Im Vorfeld der Proteste zur EZB-Eröffnung umreißt das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2014 »Klasse, Bewusstsein, Widerstand – Zwischen Verwirrung, Emanzipation und Faschisierung« die Rolle der EZB in der Krise, die grundsätzlichen Verwertungsverhältnisse im Kapitalismus sowie die Situation der Klasse der Lohnabhängigen und deren Einbindung durch Konsum. Es wird aufgezeigt, dass weder die sogenannte Multitude, »die Vielheit der Verschiedenen«, noch der neu-reformistische Ansatz der Commons mit sogenannten Gemeingütern, zu einer Überwindung des Kapitalismus führen werden. Vielmehr helfen diese Ansätze als Befriedungsfallen das kapitalistische System zu stabilisieren. Ab dem 30. April 2014 wurden das Flugblatt bei den wichtigen politischen Aktionen des Jahres verteilt und unsere Positionen so in die bundesweiten linken und linksradikalen Debatten eingebracht. Auf dem Flugblatt wurden zudem Veranstaltungen der Ökologischen Linken und relevante Aktionen angekündigt. Hierzu wird auch die Webseite der Ökologischen Linken immer intensiver genutzt, auf der viele zentrale Papiere der Ökologischen Linken zu finden sind.

Die Wählervereinigung ÖkoLinX-ARL ist im Stadtparlament in Frankfurt/Main durch Jutta Ditfurth und im Ortsbeirat 3 Nordend durch Manfred Zieran vertreten. Derzeit regiert in Frankfurt/Main eine CDU-Grünen Koalition unter einem SPD-Bürgermeister.

Ein Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung von ÖkoLinX-ARL im Römer wie im Ortsbeirat Nordend ist das Bekämpfen von Antisemitismus. In Frankfurt/Main gab es 2014 eine Reihe antisemitischer Übergriffe, die von Parolen wie »Juden raus« am Fenster einer jüdischen Familie und antisemitische Parolen an einer Synagoge und der Anne-Frank-Bildungsstätte bis hin zu Morddrohungen gegen JüdInnen und eingeschlagenen Fensterscheiben reichten. Jutta Ditfurth forderte erneut, dass Hermann Josef Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und mitverantwortlich für Krieg, Mord und Versklavung in der NS-Zeit, die Frankfurter Ehrenbürgerschaft entzogen wird. Das Engagement für die Umbenennung des zentralen Universitätsplatzes in Norbert-Wollheim-Platz, nach einem KZ-Überlebenden, wurde von verschiedenen außerparlamentarischen Gruppen unterstützt.

ÖkoLinX-ARL im Römer fordert den Rückbau der Landebahn Nord-West des Frankfurter Flughafens, ein achtstündiges Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr sowie den Stopp des Flughafenausbaus, den die CDU/Grüne/SPD-Stadtregierung ebenso wie die CDU/Grüne-Landesregierung in Hessen weiter vorantreiben. Auch Hessen wird seit der Landtagswahl Ende 2013 durch eine schwarz/grüne Landesregierung regiert. Wie abzusehen, erweisen sich hier wie dort die grünen Versprechungen wie beispielsweise die Reduzierung oder

Eindämmung der gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Frankfurter Flughafens als Fake. Der grüne Frankfurter Baudezernent Olaf Cunitz genehmigte im August 2014 den weiteren Ausbau des Flughafens. Der grüne hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir meint: »Am Ende ist das eine Entscheidung des Flughafenbetreibers.« Tatsächlich kann das Land Hessen mit seinen gut 30 Prozent der Aktien von Fraport in die Planung des Flughafens eingreifen. Die Stadt Frankfurt/Main hat 20 Prozent der Aktien. Und es geht um mehr Grün und Bäume in der »Green City«, den Kampf gegen teure Mieten und für die Kommunalisierung von Grund und Boden, der Beschleunigung des Ausbaus von Kitas und Schulen, gegen Polizeigewalt und vieles mehr ...

Anlässlich des Klimagipfels im September 2014 in New York demonstrierten weltweit mehrere hunderttausend Menschen für besseren Klimaschutz. Die Initiative 350.org hatte zum »Peoples March Against Climate Change« mobilisiert. Ihr Ziel ist eine neue globale Umweltbewegung. Dem Druck auf die Regierung und Parlamente durch die Energiekonzerne will sie Druck von der Straße entgegensetzen. 350.org will den Kapitalismus mit seinem zerstörerischen Potenzial als Ursache des Klimawandels nicht angehen. Sie hoffen auf eine »wirksame Resolution zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung« auf dem Klimagipfel 2015 in Paris. Wir teilen diese Hoffnung nicht. Das Scheitern ist vorprogrammiert. Allein in New York demonstrierten 300.000 Menschen, es war die bisher größte Demonstration für Klimaschutz.

Aufgrund der zugespitzten ökonomischen Lage in den USA seit Beginn der Weltwirtschaftskrise lassen die Kapitalfraktionen kaum Spielräume für Klimaschutz. So bekannte sich Barack Obama beim Klimagipfel zwar zur Verantwortung der USA, konnte entsprechende Konsequenzen aber gegen die reaktionäre Mehrheit im Repräsentantenhaus nicht durchsetzen.

Weltweit haben sich in der Krise die ökologischen Zerstörungen verschärft. Die hemmungslose Naturzerstörung ist durch den Zwang zur Profitmaximierung im kapitalistischen Normalbetrieb sowieso schon in vollem Gang und wird als Folge der Krise noch stärker vorangetrieben. So stiegen seit 1970 weltweit die CO<sub>2</sub>-Emissionen, dem Hauptverursacher der Erderwärmung, kontinuierlich. Das Ergebnis ist eine viel stärkere Erderwärmung, die den Meeresspiegel um mehrere Meter ansteigen lässt. Das Abschmelzen der Westantarktis ist auf absehbare Zeit nicht mehr zu stoppen. Flache Inseln werden völlig verschwinden, alle Küstenregionen und Städte wie Tokio, New York, Mumbai, Shanghai und Dhaka werden von Überflutungen betroffen sein. Trikontländer wie Bangladesh trifft es am härtesten. Das zusätzliche Elend durch häufige Überschwemmungen ist dort jetzt schon katastrophal. Beim weiteren Anstieg des Meeresspiegels werden reiche Länder ihre Küsten beispielsweise durch Bau von Dämmen schützen können, während arme Länder buchstäblich absaufen. Gleichzeitig breiten sich weltweit von der Wüste Gobi bis zur Sahara die Wüsten aus, während in den subtropischen Gebieten, zum Beispiel in Spanien, als Folge langer Dürreperioden die Versteppung zunimmt.

Die weltweite Vergiftung der Luft mit Schwefeldioxid, Stickoxiden und Ruß verursacht gefährlichen Feinstaub. Dazu kommen giftige Schwermetalle wie Quecksilber, Blei, Arsen, Cadmium. 2012 starben weltweit 7 Millionen Menschen an Herz-, Kreislauferkrankungen, Schlaganfall, Lungenkrankheiten und Krebs als Folgen der Verbrennung fossiler Brenn-

stoffe. Die TäterInnen in der BRD sind die Auto- und Energiekonzerne, gedeckt von der jeweiligen Bundesregierung, egal ob rot-grün oder schwarz-rot. Mit den Emissionen stiegen auch die Profite der Autokonzerne, einer deutschen Schlüsselindustrie, stetig. Die ohnehin kapitalfreundlich gestalteten, immer noch gesundheitsschädlichen Grenzwerte ab 2025 wollen die Autokonzerne nicht hinnehmen. Die SPD/CDU-Regierung bremst bessere Grenzwerte für Mensch und Natur zugunsten des deutschen Autokapitals, wie VW, Daimler, BMW, auf EU-Ebene aus. Kanzlerin Merkel zog es konsequenterweise vor, nicht zum Klimagipfel nach New York zu fahren. Sie sprach stattdessen beim »Tag der Deutschen Industrie«.

In den kapitalistischen Zentren, aber auch in China, werden Braunkohlekraftwerke für die Stromerzeugung genutzt und teilweise neu gebaut. Kohle hat in Deutschland Tradition, Technik und Ressourcen sind vorhanden. Unter den zehn dreckigsten Braunkohlekraftwerken in Europa sind fünf in Deutschland. EU-BewohnerInnen haben eine durch Luftvergiftung verursachte um neun Monate verkürzte Lebenserwartung. Peking, mitten im größten Zentrum Chinas industrieller Produktion, gilt als unbewohnbar. Konzerne werden nicht freiwillig ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen senken und damit ihre Profite schmälern. Den Herrschenden, Kapital und Staat, ist es egal, ob Menschen durch kapitalistische Produktionsbedingungen und Produkte krank werden und sterben, solange die Menschen friedlich sind, ihre Last weiter tragen.

Beim Fracking sollen die letzten Reste vorhandener Gas- und Ölreserven mittels giftiger Chemikalien aus bestimmten Gesteinsschichten fürs Ölkapital erbeutet werden, die Vergiftung von Grundwasser und Boden ist nicht zu verhindern. Die USA stehen in imperialistischer Konkurrenz zu Russland und wollen sich mittels neuer Technologie Europa als Absatzmarkt für Erdgas sichern und Russland verdrängen. Von den als unzuverlässig geltenden Gazprom-Lieferungen aus Russland wollen sich die G7-Staaten unabhängig machen. Europaweit wird derzeit nach Fördergebieten gesucht.

Auch in Deutschland werden Fracking-Probebohrungen massiv vorangetrieben, zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg durch den kanadischen Ölkonzern Central European Petroleum GmbH (CEP). In Niedersachsen hat sich ExxonMobil, der weltweit größte Ölkonzern und größte Fracking-Anwender in den USA und zunehmend in Europa, weitgehende Rechte gesichert. Der Konzern will den Durchbruch in Deutschland. Es winken Milliardenprofite.

Statt Fracking grundsätzlich zu verbieten, will die Bundesregierung Fracking per Gesetz erlauben, sogar in Naturschutzgebieten. Sollte es nicht gelingen, die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu verhindern, wird dem Ölkapital über diese Fracking ohnehin ermöglicht werden, weil sie den Konzernen bei drohenden Profiteinbußen Sonderklagerechte einräumen. Am weltweiten Aktionstag gegen Fracking am 11. Oktober 2014 gab es bundesweit in vielen Städten Aktionen. In Berlin gab es Proteste vor dem Bundesrat und dem Umweltministerium. Auf den Kanarischen Inseln demonstrierten Tausende gegen Fracking und Ölbohrungen vor den Küsten von Fuerteventura und Lanzarote durch den Ölkonzern Repsol. Allein in Las Palmas auf Gran Canaria gingen 8000 Menschen auf die Straße.

Der angebliche Atomausstieg ist eine Lüge. Die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen bleiben unbefristet in Betrieb und die Stilllegung der Forschungsreaktoren ist überhaupt nicht vorgesehen. Der Forschungsreaktor in Garching wird mit hochangereichertem und somit atomwaffentauglichem Uran betrieben. Als imperialistische Macht mit immer aggressiverer Außenpolitik wird Deutschland die Möglichkeit der militärischen Nutzung von Atomanlagen nicht freiwillig aufgeben. Die Energiewende hin zu einer Stromversorgung aus Sonne, Wind und Wasserkraft wird vom Atomkapital bekämpft. Nach wie vor wird gegen die erneuerbaren Energien gehetzt, sie seien zu teuer.

Mit der Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) wurden Bedingungen geschaffen, die den Kohlekonzernen mit ihren Braunkohledreckschleudern in die Hände spielen. Förderungen für Wind und Sonne werden künftig gekürzt und der Einspeisevorrang für diese wird zurückgenommen. Der notwendige Stromnetzausbau zugunsten erneuerbarer Energien wird verzögert bzw. verhindert.

Die Folgetechnik der Atomspaltung, die Atomfusion, ist die gewünschte, zentrale Herrschaftstechnik von Staat und Konzernen, sobald sie technisch funktioniert. Deutschland ist als Mitglied der europäischen Atomgemeinschaft Euratom neben Japan, Russland, China, Südkorea, Indien und den USA am Bau des experimentellen Atomfusionsreaktor ITER in Frankreich beteiligt und betreibt einen eigenen Atomfusionsversuchsreaktor Wendelstein 7-X in Greifswald. Für die Atomfusion werden Milliarden von Steuermitteln in Europa verschleudert, diese fehlen für die Energiewende.

Die Atomkonzerne E.on, RWE und EnBW wollen sich nicht am Rückbau der AKWs und sämtlicher Folgekosten beteiligen und die Atomkraftwerke dem Staat übergeben. Dieser tritt als ideeller Gesamtkapitalist in Erscheinung, die Regierung will mit den Konzernen über die Kostenübernahme verhandeln. Damit wären die unkalkulierbaren Kosten für Abbruch und Entsorgung der stillgelegten AKWs sozialisiert, das heißt den Lohnabhängigen aufgebürdet. Der Aufbau hingegen wurde hoch subventioniert und dann die Profite jahrzehntelang von den Atomkonzernen kassiert.

Am 22. März 2014 gab es in acht deutschen Städten Demonstrationen für eine schnelle Umsetzung der Energiewende und gegen Atom, Kohle und Fracking mit insgesamt ca. 30.000 TeilnehmerInnen. Am 10. Mai 2014 demonstrierten nur ca. 10.000 Menschen, maßgeblich Mitglieder aus Umweltverbänden und Beschäftigte aus der Energiewirtschaft für Biomasse und Solar- sowie WindkraftHersteller auf der Straße und mit ca. 100 Booten auf der Spree unter dem Motto »Energiewende nicht kentern lassen« gegen die Energiepolitik der Großen Koalition.

Das »Standortauswahlgesetz für die Endlagerung von Atommüll« dient in erster Linie zur Durchsetzung von Profitinteressen des Atomkapitals. Die darin verankerte Expertenkommission »Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe« ist ein Herrschaftsinstrument mit mediationsähnlichen Strukturen, die den Widerstand einbinden soll.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes verständigten sich die Anti-AKW-Initiativen auf der Atommüllkonferenz am 31. August 2013 darauf, ihre für die Umweltverbände vorgesehenen



Alibiplätze in der Expertenkommission nicht zu besetzen. Gegen dieses Votum schickten die Deutsche Umweltstiftung und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nun doch jeweils einen VertreterIn in die Kommission.

Castortransporte als Kristallisationspunkte für eine mögliche Offensive der Anti-AKW-Bewegung wird es vermutlich bis 2017 nicht geben. Die zurzeit fehlende konfrontative Auseinandersetzung mit Staat und Kapital als Verantwortliche für die mörderische Atompolitik macht sie umso anfälliger für die Einbindung in die Politik der Herrschenden oder Spaltungsversuche.

Anfang November 2014 wurden in Niedersachsen mehrere Sabotageakte auf Kabelschächte der Bahn durchgeführt, die zu Zugausfällen geführt haben. Die Aktion sollte an Sebastian Briat erinnern, der 2004 bei der Blockade eines Castortransportes getötet wurde. Einige Antiatominitiativen haben vom 13. September bis 31. Oktober 2014 die Kampagne »atommüllalarm« mit Informationen über die Gefahren des Atommülls an möglichst vielen Orten in Deutschland initiiert.

Die Lage in den havarierten AKWs in Fukushima, Japan, ist nach wie vor außer Kontrolle. Ende 2013 wurde mit der gefährlichen Bergung der etwa 1500 abgebrannten Brennstäbe im stark beschädigten Reaktorblock 4 begonnen. Die japanische Regierung will fast alle 50 abgeschalteten Reaktoren wieder hochfahren und zusätzlich neue AKWs bauen. Der Staat verschleiert und vernebelt das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe. Schulkinder werden beispielsweise gezwungen, Obst und Gemüse aus Fukushima zu essen, um dessen angebliche Unbedenklichkeit zu demonstrieren. Im Herbst 2013 wurde ein neues »Geheimhaltungsgesetz« verabschiedet, gegen dessen Verstoß hohe Strafen von bis zu zehn Jahre Gefängnis drohen. Unklar ist, auf welche Inhalte sich dieses Gesetz bezieht. So wird kritische Berichterstattung erschwert und Angst vor Repressionen geschürt.

Die Gentechnik-Konzerne forschen und produzieren weltweit dort, wo Sicherheitsstandards, Grenzwerte und Produktionshürden am niedrigsten sind. So hat sich BASF mit seiner Gentechniksparte aufgrund mangelnder Akzeptanz aus Deutschland zurückgezogen und produziert weiter in den USA. Längst fließen gentechnisch veränderte Enzyme, Schimmelpilze und Bakterien in die Produktion von Nahrungsmitteln, Textilien, Papier usw. ein. Gentechnisch veränderte Insekten, wie Fruchtfliegen mit einem Gen, das die Nachkommen tötet, gibt es schon lange. Nun sollen in Brasilien genmanipulierte Tigermücken im Kampf gegen das Denguefieber massenhaft freigesetzt werden. Die Folgen von gentechnisch veränderten Organismen sind unabsehbar und nicht mehr rückholbar. Der Bt-Mais 810 von Monsanto bildet zum Beispiel ein Insektengift, das über die Nahrungskette verbreitet wird. Wo der Mais angebaut wird, schädigt er auch Fressfeinde der Insekten, Bienen, Regenwürmer und andere Organismen. Ein ähnlich veränderter Mais soll jetzt in der EU zugelassen werden. Er ist zusätzlich resistent gegen das Totalherbizid Roundup.

Weltweit werden mit dem Anbau von Gentechpflanzen auch mehr Pestizide eingesetzt. Seit fast 20 Jahren werden auf einem riesigen Gebiet in Argentinien auf einer Fläche, die halb so groß wie Deutschland ist, aber auch in Brasilien, sogar bis an die Ausläufer des Amazonas, in Paraguay und Bolivien, herbizidresistente Gensojabohnen angebaut. In Argentinien

wurden 2014 57 Millionen Tonnen Gensoja geerntet und seit 1990 hat sich der Pestizidverbrauch mit 317 Millionen Litern verzehnfacht. Die Folgen sind Hirnschäden, Hautausschläge, Krebs, usw. Es gibt viele Tote infolge des Giftes, aber auch Armut und soziale Verelendung. Ein Anbauverbot in der EU für den Genmais 1507 ist unter anderem an der CDU/SPD-Regierung gescheitert.

Mehr als 80 Prozent der Deutschen und 60 Prozent der EuropäerInnen sind nach Umfragen für ein Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft. Die EU-Umweltminister haben zwar die Möglichkeit von nationalen Verboten beschlossen, aber die Konzerne werden sich, sofern Profite gefährdet sind, dank TTIP durchklagen können. Gentechnik in der Landwirtschaft macht die BäuerInnen weltweit abhängig von den Produkten des Gentech-Kapitals. Durch die Aneignung, Manipulation und Vermarktung unserer Kulturpflanzen wollen die Gentech-Konzerne die Kontrolle über unsere Lebensmittel bekommen, während gleichzeitig die Artenvielfalt auf der Erde abnimmt.

### **2015, das Jahr der fortgesetzten Grausamkeiten:**

Die Krisenpolitik der Troika wird noch mehr Menschen ins Elend stürzen, Flüchtlinge werden wieder auf ihrer Flucht vor Krieg, Verfolgung, Ausbeutung und Armut sterben, Repressionsapparate zur Abwehr von Widerstand werden ausgebaut, Naturräume werden zerstört und Tier- und Pflanzenarten weiter ausgerottet. Kriege bleiben Mittel der imperialistischen Politik für die Durchsetzung der Profitinteressen des weltweiten Kapitals.

### **2015, das Jahr des antinationalen, europäischen und emanzipatorischen Widerstands:**

Neben unserem kontinuierlichem Widerstand in Alltag, Betrieb, Schule und Hochschule sind mögliche Anlässe, den Herrschenden unsere Ablehnung von Staat, Nation und Kapital um die Ohren zu hauen, auf jeden Fall die Aktionen und Demonstrationen gegen die Eröffnung der EZB in Frankfurt/Main am 18. März 2015, gegen den G7-Gipfel im bayerischen Elmau am 7./8. Juni 2015 und gegen die nationalistischen Feiern der 25 Jahre Zwangsvereinigung am 3. Oktober 2015 in Frankfurt /Main.

### **Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken am 13./14. Dezember 2014 in Köln**